

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Preisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgesetzten Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktags).
Bezugspreis: monatlich 8.80 Mark einschl. Postbeistiegeld
oder Bringerleben.
Telefon Nr. 82. — Postscheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Begr. 1868 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Nünches,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespaltene 8-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Pf. Die 91 mm breite Reklamezeile 2.10 Pf.
Anzeigen-Nahnahme bis 4 Uhr nachmittags des Vorrtages.

Nummer 143

Limburg, Freitag, den 25. Juni 1920.

83. Jahrgang

Neue gewaltige Fehlbeträge.

Der Reichsrat, der am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Wirth in öffentlicher Sitzung tagte, genehmigte u. a. den Not-Etat, der dem Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden soll. Die Auswüsse des Reichsrates haben auch die Monate Oktober noch mit in diesen Not-Etat hineingenommen, an der Regierungszusage selbst aber nur wenige Änderungen vorgenommen. Der Not-Etat enthält u. a. eine beträchtliche Stellenermehrung bei den Verlehrtsbeamten der früheren Eisenbahngesellschaften, deren Eisenbahnen nunmehr auf das Reich übergegangen sind, ebenso auch bei der Post. Der Berichtsschreiber wies darauf hin, daß der Fehlbetrag für die Reichspost und die Eisenbahnen in Höhe von 6,1 Milliarden im Not-Etat festgesetzt sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es doch allmählich gelingen werde, über dieses schredende Defizit hinwegzukommen.

Finanzminister Dr. Wirth unterstrich diese Ausführungen. Insgesamt würden wir allein im ordentlichen Budget der Reichseisenbahnen einen Fehlbetrag von 15 Milliarden haben; dazu kommt noch der Fehlbetrag der Post. Er benannte die Gelegenheit, um dem Reichsrat zu sagen, daß wir vor einem neuen Anschwollen dieser Fehlbeträge ständen, und zwar infolge der Besoldungsordnungen der Länder. Damit, so sagte der Finanzminister, stehen wir vor einer betrübenden Tatsache, daß die Reichsbesoldungsordnung, noch ehe sie wirksam werden sollte, ausgehoben ist durch die weitergehenden Besoldungsordnungen der Länder. Sie wissen, welche politischen Wirkungen das in Bayern ausgelöst hat, indem die Beamten am 30. Juni bei der Eisenbahn und Post eine Urabstimmung machen wollten, ob sie auf das Reich übergehen wollten oder nicht. Es kommen ganz erörterte Mehrheiten heraus, wenn wir die Reichsbesoldung umzuwandeln müssen nach dem, was die Länder jetzt haben. Außerdem stehen wir vor dem Abschluß eines Lohntarifes für die Reichseisenbahnen, wobei es sich um gewaltige Forderungen der Organisationen handelt. Das Defizit wird sich durch diese neuen Forderungen noch erhöhen, es wird sich des neuen Reichskabinetts sein, dazu Stellung zu nehmen.

Auf Antrag Sachsen, der durch Bayern erweitert worden ist, haben die Ausschüsse befreisend Bewilligung von Fehlaktariaten folgenden Beschluß gefaßt: „Die Reichsregierung zu erüben, den Ländern eine bestimmte Anzahl Aktionszeitarten für Dienstreisen von der Landeshauptstadt nach Berlin und zurück zur Verfügung zu stellen, Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg, Baden und Thüringen je 4, Hessen und Hamburg je 3, Medienburg-Schwerin, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt und Bremen je 2 und den übrigen Ländern je eine mit der Maßgabe, daß sie sowohl von außerhalb Berlins wohnenden Reichsstaatsmitgliedern, als von Vertretern und Kommissaren der Länder nach näherer Abordnung der Landesregierung benutzt werden dürfen.“ Auf Wunsch der Vertreter von Württemberg und Baden wurde der Antrag noch dahin erweitert, daß diesen Ländern fünf Sitzarten bewilligt werden sollten. Der Antrag wurde im Prinzip einstimmig angenommen. Ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums erklärte, daß er noch nicht in der Lage sei, heute zu der Sache Stellung zu nehmen. Es lägen eine ganze Reihe ähnlicher Gesuche vor, die in einer Denkschrift vereinigt und dem Reichskabinett vorgelegt werden sollen.

Weiter wurde die Verordnung über Ueberleitung der Reichspflege in den Kreisen Eupen und Malmedy angenommen, ebenso eine Verordnung über Änderung der Postordnung, die der letzten Reste der Gebührenfreiheit beseitigt.

Gründung des Reichstags.

Berlin, 24. Juni. Der 77jährige sozialdemokratische Abgeordnete Kieß eröffnete als Alterspräsident um 3 Uhr die Sitzung. Er berief zu Schriftführern den deutschen nationalen Abgeordneten Maltewitz, den Zentrumabgeordneten Dr. Pfeiffer, die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Bohm-Schuch und die unabhängige Abgeordnete Frau Agnes, worauf mit dem Namensaufruf begonnen wurde. Als wählen des Namensaufrufs der Namen des unabhängigen Abg. Mittwoch gerufen wird und dieser sich nicht meldet, erklärt der Abgeordnete Ledebour: Er ist gestern verurteilt worden, insbesondere kann er nicht hier sein. Beim Rennen des Namens des Volksparteiters Dr. Hugo Stinnes wurden bei der U. S. P. lebhafte Zwischenrufe laut und Adolf Hoffmann rief: „Wenn das Geld im Kasten singt!“ Der Abgeordnete Erzberger ist nicht im Saale anwesend. Der Namensaufruf ergibt die Beschränktheit des Hauses. Darauf verzog sich das Haus auf Freitag nachmittag 3 Uhr mit der Zusatzordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und des Schriftführers.

Die neue Koalitionsregierung.

Berlin, 24. Juni. Das neue Kabinett durfte sich nach den bisherigen Vereinbarungen folgendermaßen zusammenstellen: Fehrendach Reichskanzler, Dr. Heinrich Reichsjustizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers, Koch, Reichsminister des Innern, Dr. Simons Minister des Auswärtigen, Dr. Schlesier Reichswehrminister, Dr. Wirth Reichsfinanzminister, Giesberts Reichspostminister, General Groener Reichsverteidigungsminister, v. Raumer Reichsökonomie- und Brauns Reichsarbeitsminister. Noch nicht endgültig fest ist das Reichswirtschaftsministerium. Wegen der Übernahme des Amtes sind Verhandlungen eingeleitet mit dem Vorsitzenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Direktor Ermel und dem von der Entente aus seinem Wirkungskreis entlassenen Oberbürgermeister Gläffing. Das Wiederaufbau-

ministerium soll wie bisher unbesetzt bleiben und allmählich dem Reichswirtschaftsministerium wieder angegliedert werden. (Frankf. Ztg.)

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Berlin, 23. Juni. (WTB.) Infolge der jüngsten Wendung in der Kabinettbildung sind sämtliche Fraktionen des Reichstags heute vormittag zusammengetreten, um zur Lage Stellung zu nehmen. Nach der „B. 3.“ wird die Lage als außerordentlich schwierig gehalten. Die Schwierigkeiten sind darauf zurückzuführen, daß die Mehrheitssozialdemokraten der in der Bildung begriffenen Regierung das Vertrauen versagen, wenn auch mit einer Formulierung, die nach Ansicht der Sozialdemokraten ihr gestatte, im Amt zu bleiben. Die zweite Schwierigkeit liegt in der von der Deutschen Volkspartei aufgeworfenen Frage der Besetzung gewisser Ministerien. Letztere Schwierigkeit ist die geringere und würde sich voraussichtlich überwinden lassen. Zur Hal tung der Demokraten sagt die „B. 3.“, nach der Stellungnahme der Sozialdemokraten werde in führenden demokratischen Kreisen für unmöglich gehalten, daß noch eine Regierung aus dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei zustande komme. Man glaube, daß nunmehr nur Würzburg, eine Regierung aus dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei zu bilden, die die Demokraten in den parlamentarischen Formen unterstützen werde. Neuere amtliche Informationen über die Lage liegen nicht vor.

Bessere Aussichten.

Berlin, 23. Juni (WTB.) Die Verhandlungen des Reichskanzlers über die Bildung des Kabinetts nahmen heute ihren Fortgang, ohne daß irgendeine Stodung eingetreten ist. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in nächster Zeit das Kabinett zum mindesten in den entscheidenden Ministerien bestellt sein wird. Über die wesentlichen Fragen ist zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Parteien Übereinstimmung erzielt, besonders auch insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumsminister in ihren Amtern verbleiben. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes mit dem früheren Ministerialdirektor Dr. Simons fand allgemeine Zustimmung. Infolge der endgültigen Abstimmung des Geheimrats Wiedfeld wird bereits mit einer anderen bedeutenden Persönlichkeit des Wirtschaftslebens verhandelt. Der Abgeordnete Beder-Hessen hat aus persönlichen Gründen die Übernahme des Amtes ablehnen müssen. Minister Stegerwald, der für das Arbeitsministerium in Frage kam, hat gewünscht, sein preußisches Portefeuille zu behalten. Der für dasselbe Ministerium vorgeschlagene Abgeordnete Beder-Amsdorf hat gleichfalls aus persönlichen Gründen gebeten, von ihm absehen zu wollen.

Erzbergers Debüt im neuen Reichstag.

Berlin, 24. Juni. Gestern nachmittag erschien, wie der „Berliner Volksanzeiger“ mitteilt, der frühere Reichsfinanzminister Erzberger zum erstenmal wieder im Reichstagsgebäude. Die Zentumsfraktion sollte sich über sein Verbleben schlüssig werden. Dazu erschien er, um in einer mehrstündigen Rede die gegen ihn gerichteten Angriffe zurückzuweisen. Unter anderem teilte er mit, daß er im Hellersprojekt eingelegt habe. Wenn man dem „Berliner Volksanzeiger“ glauben darf, so wurde Erzberger von den Gewerkschaften unterstützt, die sogar drohten, aus der Fraktion auszutreten, wenn das Auscheiden Erzbergers erzwungen würde. Die „Germania“ teilt jedoch mit, daß Erzberger während der Sommertagung den Verhandlungen des Reichstages aus Gesundheitsrücksichten fernbleiben werde.

Die Staatsbürgerkunde.

Die Mehrheit der Reichsschulkonferenz stimmte den Anträgen des sozialdemokratischen Politikers Dr. Quarc zu, daß in der Abschlußklasse der Volkschulen und den entsprechenden Klassen der Mittel- und höheren Schulen Staatsbürgerkunde als besonderes Lehrfach eingeführt werden solle. Zwei Stunden wöchentlich sollen darauf verwendet werden. Der Einfluß des Reiches auf das Schulwesen soll erweitert werden, um dieses Ziel zu erreichen, soll die Schulabteilung im Reichsministerium des Innern zu einem selbständigen Reichsschulamt ausgebaut werden. — Die Kenntnis der Verfassung, der Staatsinrichtungen und der wichtigsten Gesetze gehören zu dem, was jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin wissen müssen, wenn sie sich gerechtsfinden und sachgemäß im Reich in Ländern und Gemeinden mitarbeiten wollen. Auch der einzelne ist daran interessiert, daß er in seiner Kindheit über Staatsbürgerkunde belehrt wird, weil es eine ganze Reihe Stellungen gibt, die nur der bekleiden kann, der davon etwas weiß. Die Beschäftigung der sachgemäßen Beschäftigung mit den Gesellschaftswissenschaften geht dem ab, der von der Staatsbürgerkunde nichts weiß.

Berlin, 23. Juni. (WTB.) Wie der „Vorwärts“ mittelte, beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig, ihren Anspruch auf den Präsidentenposten des Reichstags dringend zu erheben, und dafür den ehemaligen Vizepräsidenten Löde vorzuschlagen. — Der „Vorwärts“ demonstriert das Gerücht, daß Fehrendach seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt hat. Fehrendach sei durch dessen Ernennung Reichskanzler geworden, er könne also nur demissionieren, das habe er aber nicht getan, er sei vielmehr bestrebt, eine Regierung zu schaffen, und verhandle weiter. Das allgemeine Bewußtsein, daß schließlich und zwar sehr bald eine Regierung zu stande gebracht werden müsse, sei den Aussichten für die Verhandlungen förderlich.

Berlin, 23. Juni. (WTB.) Laut Abendblätter berichtet in parlamentarischen Kreisen die Meinung vor, daß die weiteren Verhandlungen Fehrendachs Erfolg haben werden und daß doch noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte zustande kommt.

Der württembergische Staatspräsident.

Stuttgart, 23. Juni. (WTB.) In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der bisherige Kultusminister Abgeordneter Dr. Sieber mit 52 von 97 anwesenden Abgeordneten zum Staatspräsidenten gewählt. Sieber hat die Wahl angenommen. Der frühere Landtagspräsident Dr. Kautz erhielt 27 Stimmen des Bauernbundes und der Bürgerpartei. Die unabhängigen Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 23. Juni. Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland werden am 28. Juni in Paris wieder aufgenommen werden. Unter den in Paris im Laufe dieser Woche erwarteten deutschen Delegierten werden Hugo Stinnes, Deutsch und Wiedfeld genannt. Die Verhandlungen werden sich um die Kompensationen drehen, die die deutsche Industrie gegen die von Frankreich zu liefernden Erze anzubieten vermag.

Spa und Boulogne.

Verhandlungen oder Diktat?

Paris, 23. Juni. Über die Bedingungen, unter denen die Konferenz von Spa vor sich gehen soll, verlautet, daß die Alliierten den Deutschen hierüber keinelei offizielle Angaben machen werden. Sie werden von Deutschland verlangen, ihnen zunächst den Beitrag der Gefangenentzäßigung, welchen sie vorschlagen, sowie den Zahlungsmodus usw. anzugeben. Entweder werden die deutschen Unterhändler ein Angebot machen, das die Alliierten annehmen können oder aber die deutschen Unterhändler werden ein unannehmbares Angebot machen und dann werden ihnen die Alliierten die in Boulogne zwischen Frankreich und England festgesetzte und von Belgien, Italien und Japan nachher angenommene Frist mitteilen.

Die Verteilung der deutschen Entzäßigung.

Paris, 23. Juni. Der Grund, weshalb in Boulogne bezüglich der Verteilung der deutschen Entzäßigung unter den Nationen, die ein Interesse daran haben, nichts beschlossen wurde, ist der, daß die mit dem Studium dieser Frage beauftragte Kommission weder über die notwendige Zeit noch über die notwendige Unterlage verfügte. Man wurde dieses Ueberstandes erst am Dienstag früh gewahrt, und darum wird eine besondere bevollmächtigte Kommission, die aus je einem französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen besteht, die ganze Frage noch einmal prüfen. Diese fünf Sachverständigen werden in Paris zusammentreten, um gemeinsame Vorschläge auf bestimmter Grundlage auszuarbeiten, die den Alliierten am 2. Juli in Brüssel unterbreitet werden sollen.

Erhöhung der deutschen Polizeitruppe.

Amsterdam, 23. (WTB.) Laut „Times“ soll die in der Entzäßungsfrage an Deutschland gerichtete Note den deutschen Einwendungen insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Polizeitruppe von 80 000 auf 150 000 Mann gestattet.

Der Steuerabzug vom Lohn im besetzten Gebiet verboten.

Köln, 23. Juni. (WTB.) Die interalliierte Kommission hat, wie die britische Behörde mitteilt, den Steuerabzug vom Lohn im besetzten Gebiet verboten.

Volkspartei und Entpolitisierung der Wirtschaft.

Der „Berliner Volksanzeiger“ will aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren haben, daß die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft durchaus zuständig verlaufen seien. Es werde bestimmt damit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte zu Ende kommt.

Protest der Stadt Berlin gegen die Lebensmittelsteuerung.

Berlin, 23. Juni. (WTB.) Wie der „Aeolid“ mitteilt, erhob der Berliner Magistrat bei dem Ernährungsminister dringende Vorstellungen gegen die unerträgliche Höhe und weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, die neuerdings in vielen Städten zu schweren Unruhen geführt haben.

Endgültige Einigung zwischen Arzten und Krankenkassen.

Berlin, 23. Juni. (WTB.) Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitersministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Arztkräfte mit den Krankenkassen stattgefunden haben, führten zu einer völligen Übereinstimmung. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergeben lassen, wann der vertraglose Zustand aufzuheben ist.

Gegen Gemüse- und Obstwunder.

Die Bürgermeister der größeren Städte der Rheinprovinz kamen in Bonn zusammen zur Besprechung der Maßnahmen gegen die Wucherpreise von Obst und Gemüse. Sie richteten eine Eingabe an die rheinische Landwirtschaftskammer, auch ihrerseits Schritte zu unternehmen, um auf eine andere Preisgestaltung hinzuwirken.

Benzinschieber.

Laut „Berliner Volkszeitung“ aus Bochum sind auf der Zech-Zentrale bei Wattenscheid große Benzinschiebungen aufgedeckt worden. Eine Anzahl der Beamten, zum Teil in höheren Stellungen, wurden verhaftet. Einer der Bevolligten hat sich das Leben genommen.

Die Eisenbahnfrage im Kreis Monschau.

Köln, 23. Juni. (WIB.) Nach einem Aachener Telegramm der Kölnischen Zeitung geht die Entscheidung der Botschaftskonferenz in der Frage der Monschauer Bahnen dahin, daß sie die von dem belgischen Botschafter gemachten Vorschläge über Zugeständnisse für die Abfördigung der Bahnlinie Aachen-Rodenkirchen und für den westlich der Bahnlinie gelegenen Teil des Kreises Monschau grundsätzlich annimmt. Die Prüfung der Einzelheiten wird der Grenzkommission überwiesen. Die Zugeständnisse Belgiens bestehen in Erleichterungen für die Einwohner des Kreises Monschau hinsichtlich des Personen- und Warentransports nach Aachen. Ihre Waren werden durch den Eupener Bezirk ohne Zollsämtlichkeiten befördert. Deutschland erhält denjenigen Teil des Eupener Distrikts, in welchem die Niederschlagsgebiete der Aachener Wasserwerke liegen. Das Dorf Hünenberg bleibt als deutsche Enklave bestehen, die sich jedoch nur auf die Einwohner beschränkt und nicht Gemeindesegregation einschließt, die in dem abzutretenden Teil des Kreises Monschau liegen. Die Eisenbahnen und die dazu gehörenden Gebäude sowie das von ihr durchfahrene Gebiet der deutschen Enklave werden belgisches Eigentum.

Die Opfer von Ulm.

Stuttgart, 23. Juni. (WIB.) Bei den gestrigen Unruhen in Ulm wurden jedes Polizisten zum Teil sehr erheblich verwundet. Auf Seiten der Demonstranten sind fünf Tote zu beklagen. Die Zahlen sind noch nicht endgültig festgestellt. Aus Ravensburg werden zwei Tote und 20 Verwundete gemeldet.

Stuttgart, 23. Juni. (WIB.) Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium im Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand eingeführt.

Der Kampf um Ost- und Westpreußen.

Gelsenkirchen, 23. Juni. Die Arbeitszentrale im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für die Abstimmung in Ost- und Westpreußen mit dem Sitz in Gelsenkirchen, trifft die letzten Vorbereitungen für die Reise der Abstimmungsberechtigten in die Ostmark. Nicht weniger als 71 000 Männer und Frauen haben sich hier zur Teilnahme an der Abstimmung gemeldet. Bis zum 30. Juni werden von der bislangen Zentrale täglich etwa 3000 Abstimmungsberechtigte in Zügen des öffentlichen Verkehrs nach Swinemünde abgeföhrt und von dort auf dem Seeweg in das Abstimmungsgebiet gebracht. Die starke polnische Agitation, die im Industriegebiet mit allen Mitteln gegen die Abstimmung arbeitet, erhält starke Ablehnung.

Die Polen geben die Durchfahrt der stimmberechtigten Ost- und Westpreußen frei.

Berlin, 23. Juni. (WIB.) Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau wurde vom polnischen Ministerium des Neukerns auf Grund der Verhandlungen mit der interalliierten Kommission in Allenstein eine Erklärung übergeben, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll, und in der es heißt: Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Stimmberechtigten der Abstimmungsgebiete Marienwerder und Allenstein in täglich sieben Sonderzügen während eines Zeitraums von 14 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern. Jeder Stimmberechtigte, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünscht, muß sich durch folgende Papiere ausweisen: a) zu einem Abstimmungsausweis, ausgestellt von der dafür zuständigen Kommission; b) durch einen Personalausweis mit Photographie. Die Abstimmungsausweise werden bei der Kontrolle gestempelt. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden. Die Durchfahrt erfolgt auf der Strecke Königsberg-Marienburg. Die Züge bleiben während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet geschlossen. Den Reisenden ist verboten, während des Aufenthaltes die Züge zu verlassen. Die Durchfahrt stimmberechtigter, die schon vorher in Schleswig vom Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht hatten, ist nicht gestattet. Die im polnischen Gebiet wohnenden deutschen Staatsangehörigen genießen dieselben Rechte wie die polnischen Staatsbürger. Die obigen Bestimmungen gelten auch für den Rücktransport der Stimmberechtigten nach der Abstimmung.

Lodernde Liebe.

Roman von Erich Ebensteiner.
(Nachdruck verboten.)

1)

Stumm stiegen sie die Treppe hinauf. Daniela blieb, ihr Mann mit sichtlicher Ermüdung in den Füßen, eine nüchterne Röte auf den Backen.

Ihre Wohnung lag im ersten Stockwerk eines modernen Neubaus, war groß, behaglich und elegant, wie es sich für einen jungen strebsamen Arzt, der bereits ansehnliche Praxis und zudem eigenes Vermögen besaß, ziemte.

„Dr. Egon Heidlof, Dozent, Frauenarzt.“ Daniels Blick ruhte nachdrücklich auf dem blanken Messingstahl, während ihr Mann die Wohnungstür aufschloß.

Wie hatte sie sich vor einem Jahre gefreut, als er sie hier zum erstenmal als junge Frau über die Schwelle führte und ihr das Schild zeigte.

„So heißt du jetzt: Frau Dozent Heidlof!“

Wie war sie stolz darauf gewesen und glücklich! Es lang so süß! Aber das Beste war doch, daß sie einander so tief und liebten.

Und nun — o Gott! Daniela unterdrückte einen Seufzer. Mit finsterner Miene betrat sie den Flur, wo ihnen das Mädchen in weißer Nachtkürze und Häubchen mit freundlichem Gruß entgegenkam.

„Guten Abend, Fanny,“ sagte Daniela matt und huschte dann gleich in ihr Schlafzimmer, ohne sich um den Gatten weiter zu kümmern.

Egon Heidlof trat in das Speisezimmer. Ah, hier war es behaglich warm. Die imitierten Holzhölzer im Gastamin strahlten in roter Glut. Über dem sauber und appetitlich gedeckten Abendtisch leuchteten die durch rosenrote Seiden schirme abgedunkelten elektrischen Lampen. Dicke Perserteppiche dämpften den Schritt, lagen über Polstermöbeln und hingen in schwerem Faltenwurf an den Türen.

Auf dem Tische — zwischen einer geöffneten Sardinenbüchse, Kaviarbüchsen und anderen kleinen Leckerbissen — standen in einem schlanken Kelchglas duftende Minzosen.

Die deutsche Sprache in Dänisch-Schleswig.

Kopenhagen, 23. Juni. (WIB.) Der Ministerpräsident brachte heute im Reichstag 78 Gesetzesvorlagen ein, die sämlich auf die Einverleibung der ersten Zone in Dänemark, daß die Amtssprache dänisch sei. Deutsch könne jedem Bezug haben. Bei der Vorlegung des Entwurfs über die Sprachfrage in Nordschleswig erklärte der Ministerpräsident in Halle gebraucht werden, wo die Anwendung der dänischen Sprache auf Schwierigkeiten stoße. Nach der Vorlage über die Regelung des Schulwesens kann die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den Gemeinden gefordert werden, wo zehn Prozent der Bewohner dies verlangen.

Um Deutschstaatsfeinde.

Brüssel, 23. Juni. (WIB.) Nach der „Dernière Heure“ ist zwischen Frankreich und Belgien ein Abkommen betreffs Deutsch-Ostafrikas abgeschlossen worden, daß den belgischen Kolonien nach den Grundzügen eines freien Transit handels unter Fortfall aller Zollschranken eine Verbindung mit dem Indischen Ozean durch die Ruharmachung der großen Eisenbahnlinie Tunesien-Rigoma mit den Abweigungen an den beiden Enden und durch die Errichtung von Freihäfen eröffnet.

Die ungarische Regierung wehrt sich gegen den Boykott.

Budapest, 23. Juni. (WIB.) Ungarische Röhrbüro. Die ungarische Regierung richtete heute an den internationalen Gewerbeverein in Amsterdam ein Telegramm an, in dem die Daten, auf Grund welcher der Boykott beschlossen worden sei, auf Unwahrheiten oder Missverständnissen beruhen. Die ungarische Regierung habe alles getan, um in diesem Lande die Ruhe vollständig wieder herzustellen und zu sichern. Die Durchführung des Boykotts sei dieses habe jedoch die Regierung vor eine neue Lage gestellt, denn die deswegen eintretende Erhöhung könnte die Erregung wieder zu stärkerem Aufladern bringen. Die vielleicht eintretenden Entwicklungen würden am härtesten die industrielle Arbeiterschaft und die Bevölkerung der Städte treffen. Die ungarische Regierung ist natürlich auch weiter alles zur Sicherung der Ordnung und für den Schutz der vollen persönlichen Freiheit jedes Staatsbürgers. Wenn dies nicht vollkommen gelingen sollte, müsse die Regierung die Verantwortung hierfür auf diejenigen wälzen, welche unbedachtweise das vielgeprägte Ungarn in neue Verweilung stützen wollen.

Ungarischer Gegenboykott.

Budapest, 23. Juni. (WIB.) Der von den sozialistischen Gewerkschaften des Auslands in Werk gesetzte Boykott gegen Ungarn macht sich nur in äußerst geringem Maße fühlbar. Gegen Österreich setzte seit Sonnabend um Mitternacht ungarnscherseits der härteste Gegenboykott ein.

Wien, 23. Juni. (WIB.) Im Zusammenhang mit dem Boykott gegen Ungarn wurde auch der Personenverkehr nach Ungarn auf der Südbahnstrecke mit dem gestrigen Tage eingestellt. Der Güterverkehr der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ruht seit zwei Tagen völlig. Die „Arbeiterzeitung“ und die „Vollzeitung“ melden den Anschluß des Reichsverbandes der Bankbeamten an die Boykottbewegung.

Englische Vorfälle.

Amsterdam, 23. Juni. (WIB.) Wie der „Telegraph“ meldet, hat die englische Regierung bis Ende März für Zwecke des Wiederaufbaues und der Linderung der Not in Belgien 4 995 000, in Österreich 3 794 000 in Serbien 1 156 000 und in Polen 200 000 Pfund Sterling vorgeschossen.

Die Blutopfer in Irland.

London, 23. Juni. (WIB.) Bonar Law gab im Unterhause bekannt, daß bei den Zusammenstößen in Londonderry neun Bürgersoldaten getötet und 15 bis 20 verwundet worden sind. Brigadegeneral Hampson hat Besatzung verlassen. Er besitzt die nötigen Befehle, um Ordnung zu schaffen. Immerhin glaubt man, daß die lokalen Streitkräfte der Lage Herr werden können.

Generalstreik in Mailand.

Mailand, 23. Juni. (WIB.) Der Generalstreik hat sich auf die ganze Stadt ausgedehnt, trotz gegenteiligen Beschlusses der sozialdemokratischen Vertreter. Von monarchistischen Elementen wurden heute morgen die Stadttausgänge belebt und die Straßenbahnen zur Umkehr in die Hallen gezwungen. Die Fabrikarbeiter konnten infolgedessen ihre Arbeitsstätten nicht erreichen. Der Eisenbahnerstreik dauert weiter an.

Der junge Arzt nahm all dies mit mechanischem Blick in sich auf und die nervöse Röte auf seinen Wangen wich allmählich. Händereiend schritt er in dem Gemach auf und ab.

Es war doch so schön im eigenen Heim, wo Sauberkeit, Ordnung und Geschmack das Septer führten! Das verdankte er Daniela. Nicht jede Frau — nein, nur wenige verstanden es, ihrem Heim einen so hübschen behaglichen Anstrich zu geben. Wie oft hatte er sich dies früher ausgemalt, wenn er mit Kollegen in tauchigen Restaurationsräumen lag — bei der Hochzeit — Schlechtes Essen hinunterwürgen mußte und nur nicht heimging, weil seine unwillkürliche Junggesellendude so gar nichts Anziehendes hatte: Bis ich nur erst verheiratet bin! Und ihr liebes Kindchen mit bei Tisch gegenüber saß, lächelnd, plaudernd mit seinem strahlenden Fröhlein die ernsten Eindrücke des Tages verweidend.

Na, gan, so wars ja nicht geworden — außer in der allerersten Zeit. Das kleine Kindchen hatte zuweilen wunderliche Launen.

Zum Beispiel heute! Er konnte wieder einmal beim besten Willen nicht begreifen, was Daniela eigentlich so eingespielt hatte? Sie hatte sich doch so sehr für den Vortrag interessiert, den er im Volksbildungsvorstand hielt. In bester Stimmung waren sie vor zwei Stunden hingefahren und während er dann sprach, hing ihr Blick unverwandt an ihm, obwohl sie ja jedes Wort schon vorher auswendig wußte. Ganz plötzlich, wie vom Himmel geschnitten, kam dann dieses kalte Glück: in ihre dunklen Augen, das ihm immer so reizte. Ihre Mundwinkel senkten sich, ein abwehrender Zug beherrschte das hübsche Gesicht, kein Wort kam mehr über ihre Lippen.

In solchen Momenten war es immer, als lebten sie beide weitgehend voneinander getrennt.

Immerhin — Dr. Heidlof warf den blonden Siegfriedkopf energisch zurück — etwas wirklich Ernstes konnte es doch gar nicht sein. Man würde sich aussprechen und alles war gut. Wenn sie nur erst endlich käme! Ungeduldig schleifte er nach der Tür. Er war müde und hungrig. Er lehnte sich auch nach Versöhnung mit Daniela — was trödelte sie nur so lang mit dem Umkleiden herum? Als endlich Schritte auf dem Korridor.

Neue Ausschreitungen in Mailand.

Mailand, 23. Juni. Die erregte Streitstimmung führte am Mittwoch in Mailand zu neuen Ausschreitungen und zu Zusammenstößen. Ein Polizeiwachtmeister wurde von Anarchisten mit Stolzenblägeln getötet. Ein Arbeiter wurde durch Gewehrschüsse der Polizei getötet und andere verletzt. In einem Vorort wurde ein im Automobil durchfahrender Industrieller von Mailand angehalten und durch Revolverschüsse verletzt. Die Menge versuchte darauf die Polizei zu stürmen, was ihr jedoch nicht gelang.

Die griechische Waffenhilfe für die Alliierten.

London, 23. Juni. (WIB.) Reuter Nachrichten meldet, daß die griechische Hilfe für die Alliierten sich auf eine Division bezieht, welche die britischen Interessen in der Gegend von Ismes bei Konstantinopel verteidigen werden.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 25. Juni 1920.

Die „Tuberkulose-Ausstellung“ wird, wie nunmehr bestimmt ist, am Samstag, den 26. Juni, nachmittags 3 Uhr in der großen Turnhalle an der Marktstraße feierlich eröffnet werden. Die Ausstellung, die unter der Vorsitzenden des Vorsitzenden des Kreis-Tuberkulose-Vereins stattfindet, dauert vom 26. Juni bis 5. Juli und kostet an Wochenenden von 10 bis 6 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 5 Uhr. Werktags von 11 bis 12 Uhr und von 5 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr und von 4 bis 5 Uhr finden gleichende Vorträge über Tuberkulose statt. Der Eintritt kostet nur 20 Pf., eine Dauerkarte kostet eine Mark; für Schulen ist der Eintritt ganz frei. Die Eintrittspreise sind also so niedrig als möglich gestellt, denn der Zweck der Ausstellung soll keineswegs das Streben sein, eine möglichst hohe Einnahme zu erzielen, sondern die Hauptaufgabe ist, daß allen Schichten der Bevölkerung der Besuch der interessantesten und nutzbringendsten Ausstellung ermöglicht wird. Deshalb wird man sich auch bemühen, für auswärtige Schulen, Vereine usw. besondere Fahrbahn-Guthpreismäßigungen zu erlangen; denn die Ausstellung wird ihrer Aufgabe nicht ganz gerecht, wenn sie sich nur auf den Kreis Limburg beschränkt würde. Es müssen vielmehr weitere Kreise in ganz Nassau für die seltene Gelegenheit, die sich hier in Limburg bietet, interessiert werden.

Wichtig für Kriegsbeschädigte. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 8. Mai 1920 dürfen, nachdem mit dem 1. April 1920 die Entmilitarisierung durchgeführt worden ist, Militärfahrkarten von den Verjüngungsbehörden nicht mehr ausgegeben werden. In den Fällen, in denen nach den bestehenden Bestimmungen bis zu Militärfahrkarten verfügt wurden, werden künftig die Kosten für Fahrkarten dritter Klasse des gewöhnlichen Verkehrs vergütet.

Pasverordnung für die Einreise nach Oberschlesien! Das französische Konsulat in Breslau, Monikastraße 3/5 gibt bekannt: Die Interalliierte Regierung und Plebiszitkommission von Oberschlesien hat beschlossen, daß vom 1. Juni 1920 ab niemand in das Abstimmungsgebiet gelangen kann, ohne mit einem Pas oder Personalausweis verkehren zu sein, der von der Regierung seines Heimatlandes bezüglich der zuständigen Kreispolizeibehörde ausgestellt ist und das Visum der französischen Konsulatsbehörde, in deren Bereich er wohnt, trägt. Eine amtlich festgelegte Gebühr ist auf die Hälfte des Staatsanleihebetrags festgesetzt, von 35,50 Mark wird für das erste Visum erhoben. Die folgenden Visen sind zum Abschluß der Abstimmung gültig und werden gratis verteilt. Ein kostenloses Visum wird erteilt für alle Personen, die eine Bescheinigung der deutschen Behörden erbringen, daß das Zahlen dieser Gebühr ihnen Schwierigkeiten verursacht. Das Visum wird ebenfalls kostenlos erteilt an die Vagabunden und Wohltätigkeitsanstalten. Die Staatsbeamten, die in dienstlicher Angelegenheit eintreten, brauchen auch nichts zu bezahlen. Zu dieser Verfügung berichtet die Bezirksgruppe Breslau der einzigen Verbände heimatreuer Oberschlesiener als Ergänzung. Vorliegende Bekanntmachung dehnt sich nicht auf die Erfolge zur kommenden Volksabstimmung. Den Abstimmungsberechtigten werden zur Zeit besondere Visums durch Bekanntmachung der genannten Heimatverbände zugestellt, die kostengünstig kostenlos sind. Die neue Verfügung gilt ab dem 1. Juni 1920.

Aber es war nur Fanny, die den Kopf zur Tür herumdrehte und fragte, ob sie schon servieren dürte?

„Wo ist meine Frau — Fanny?“

„Im Schlafzimmer, Herr Dozent.“

„Roch nicht fertig mit dem Umkleiden?“

„O doc, — ich glaube schon...“

Egon Heidlof runzelte die Stirn — Wo, sie trocknete darauf, daß er sie holen kam! Wie lästig und ermüdend diese sich immer wiederholenden Szenen waren.

„Warten Sie noch mit dem Auftragen, bis ich frisch, jagte er unwirsch. Dann ging er hindurch ins Schlafzimmer.

Dort war es dunkel. Über die Bogenlampe von der Straße unten beleuchtete Daniels schlanken Oberkörper jetzt deutlich. Sie sah am Fenster, hatte den Kopf in die Hand gestützt und rührte sich nicht, als ihr Mann eintrat.

Er hatte eigentlich in liebevollem Ton reden wollen. Aber es kam nun verächtlich ungeduldig heraus: „Was soll du Daniela? Was tuft du hier? Warum kommst du nicht zu Egon hinüber?“

Ein schwerer Seufzer: „Weil mir der Appetit entgangen ist!“

„Darf man fragen — warum?“

„Das willst du wohl selbst am besten wissen!“

„Nein, ich weiß es nicht!“

„Um so trauriger. Wenn ein Mann nicht einmal so Gefühl darüber hat, daß er seine Frau vernachlässigt —“

„Ich hätte dich vernachlässigt? Ich? Du träumst von Daniela! Wann denn? Wodurch?“

„Ach, du tuft es ja immer in der letzten Zeit! Dein Herz ist gar nicht mehr. Aber heute nach dem Vortrag war es besonders traurig, alle Welt muß es bemerkt haben und ich schämte mich so — o Gott, ich bin so unglücklich! Sie brach in Tränen aus.

Er war einen Augenblick sprachlos. Dann gewann er Geduld wieder überwasser.

„Willst du nicht wenigstens so gütig sein, dich deinem Menschen zu widersetzen und mir zu sagen, was ich nach deiner Meinung wieder verbrochen habe?“ jagte er mit mühsam unterdrücktem Gereiztheit.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil.

(Nr. 143 vom 25. Juni 1920.)

Verleihung

Vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den verhältniswerten Landesauschuss erkläre ich mich hierdurch damit einverstanden, daß auch für solche Kinder Entschädigungen aus dem mit unterstehenden Kindheit-Entschädigungsfonds bezahlt werden, bei denen von dem Besitzer zur Rotschlachtung geschritten wird, weil eine dauernde Abheilung der Maul- und Klauenseuche nicht zu erwarten steht, oder bei denen ihr baldiges Eingehen aus Anlaß der Seuche zu befürchten ist. Voraussetzung für die Gewährung der Entschädigung ist jedoch, daß nach der Rotschlachtung von dem Kreisarzt an dem Tiere Maul- und Klauenseuche in vorgekennzeichnetem Zustande festgestellt wird.

Auf die nach der Feststellung der Seuche zu gewährende Entschädigung kommt der Erlös für das notgeschlachtete Tier zur Anwendung. Die Kreisärzliche Unterludung, die Aufstellung der Zerlegungsverschrift, die Abschätzung pp. hat in der für geschlachtete Tiere vorgeschriebenen Weise zu erfolgen. Der Schätzungsverhandlung ist eine Bezeichnung der Ortspolizeibehörde über die Höhe des Erlöses beizufügen.

Den Inhalt dieses Schreibens ersche ich in dem dortigen Kreisblatt abzahld und dann bis auf weiteres alle 14 Tage bekannt zu geben.

Wiesbaden, den 21. Juni 1920.

Der Landeshauptmann.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Die Schlachtung der Tiere erfolgt immer im Seuchengebiet. Nach der Schlachtung kann das Fleisch bis zur freierzüglichen Unterzucht in Röhrengäste oder in benachbarter Schlachthäuser gebracht werden. Köpfe und Füße müssen unter allen Umständen im Seuchengebiet ausgewählt werden, damit die Seuchefeststellung zwecks Beantragung der Entschädigung erfolgen kann. Nach der Schlachtung haben die dabei beteiligten Personen eine Desinfektion ihres Schuhwerks vorzunehmen. Dem Herrn Kreisarzt ist in jedem Falle durch Depesche (nicht Telefon) sofort Mitteilung zu machen.

Diese Rotschlachtungen müssen wie alle Rotschlachtungen telefonisch dem Kreiswirtschaftsamt nach der Beobachtung angezeigt werden.

Limburg, den 24. Juni 1920.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Bis zum 5. Juli ist an den Herrn Kreisarzt zu berichten, wieviel Gehöfte im vergangenen Vierteljahr an Klauenseuche verschont waren und wie hoch der Gesamtbefestand an Kindern, Schafen, Ziegen und Schweinen in diesen Gehöften war.

Limburg, den 24. Juni 1920.

Der Landrat.

Die Herren Bürgermeister

in Ahlbach, Dietrichen, Dörnbach, Eisenbach, Eschhofen, Faulbach, Hauen, Heringen, Heuchelheim, Kirberg, Lahn, Linter, Malmeneich, Mensfelden, Mühlbach, Neesbach, Niederbrechen, Niederschmar, Niederselters, Niederweyer, Niederzeuzheim, Oberbrechen, Oberselters, Oberweyer, Offheim, Ohren, Steinbach, Waldmannshausen, Werschau und Würges werden hierdurch an die Erledigung meiner Anordnung vom 15. Mai 1920, betreffend Bewilligung eines jährlichen Zuschusses für die Kreisschulden erinnert.

Letzter Termin: 10. Juli 1920.

Limburg, den 25. Juni 1920.

Der Landrat.

An die Herren ländlichen Standesbeamten des Kreises.

Der Termin zur Erledigung der Verfügung vom 3. Mai 1915, Kreisblatt Nr. 205, betreffend Einreichung einer Nachweizug über die in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1920 beurkundeten Kriegssterbefälle, soweit sie nicht durch den Herrn Regierungspräsidenten angezeigt sind, läuft am 5. Juli 1920 ab.

Limburg, den 22. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. A. Nr. 2021.

Betrifft Kohlenversorgung.

Gemäß § 7 der Bekanntmachung des Kreisausschusses, betreffend Durchführung der Kohlenversorgung im Versorgungsbezirk Limburg-Land vom 12. Mai 1920 (Kreisblatt Nr. 109) sind bis zum 30. eines jeden Monats die vorbeschriebenen Bezugsschein-Kontrollisten dem Kreis-Wirtschaftsamt vorzulegen.

Ich erwarte, daß die ordnungsmäßig geführten Listen bestimmt am 30. Juni dem Kreis-Wirtschafts-Amt vorliegen und weise ausdrücklich auf die Folgen hin, welche die Verlängerung der Frist mit sich bringt.

Limburg, den 23. Juni 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Der Regierung in Wiesbaden ist eine Bezirksberatungsstelle für Kriegerehreung und Kriegergräberfürsorge angegliedert worden.

Die Aufgaben und Ziele pp. dieser Stelle sind in dem von ihr herausgegebenen Flugblatt, welches ich Ende April vor. Is. (vgl. Verfügung vom 19. April vor. Is., Tgb. P. Nr. 975 — Kreisblatt Nr. 99) überliefert habe, eingehend dargelegt. Die Tätigkeit der Bezirksberatungsstelle erfolgt unentgeltlich.

Ich ersuche, vor Inangriffnahme irgendwelcher Arbeiten, die die Kriegerehreung und Kriegergräberfürsorge betreffen, an mich zu berichten, damit eine Beteiligung der Bezirksberatungsstelle stattfinden kann.

Limburg, den 1. März 1918.

P. 197.

Der Landrat.

Wird wiederholt veröffentlicht.

Limburg, den 18. Juni 1920.

Z. A. Nr. 2404.

Der Landrat.

Israelitischer Gottesdienst.

Freitag abend 8 Uhr. Samstag morgen 8 Uhr. Samstag nachmittag 3 Uhr 30. Sabbat-Ausgang 9 Uhr 40.

Tuberkulose-Ausstellung zu Limburg (Lahn)

in der großen Turnhalle an der Marktstraße (hinter dem Landgericht), veranstaltet von der Fürsorgestelle für Lungenkranken des Kreises Limburg in der Zeit vom 26. Juni bis 5. Juli 1920.

Feierliche Eröffnung: Samstag den 26. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr.

Geöffnet: An Wochentagen von 10 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 5 Uhr. Jeden Werktag von 11 bis 12 Uhr und von 5 bis 6 Uhr. Sonntags von 11 bis 12 Uhr und von 4 bis 5 Uhr ärztlicher Vortrag und Führung durch die Ausstellung.

Für Vereine, Schulen usw. werden auf vorherige Bestellung (Forscher 87 und 392) besondere ärztliche Vorträge und Führungen veranstaltet (für Vereine auf Antrag gegen ermäßigtes Eintrittsgeld oder freien Eintritt).

Eintrittspreis: Für einmaligen Besuch 20 Pf., Dauerkarten 1 Mk., für Schulen Eintritt frei. Eintrittskarten für Einzelbesucher nur an der Kasse.

Limburg, den 18. Juni 1920.

Grünen Jagdhut a. k.
Holzheimersche Woch
woch nachmittag verloren
Abzugeben gegen Jahr zur
Belohnung beim Landrat
amt, Zimmer 15. 5/16

Tüchtiges, selbständiges

Mädchen

bei hohem Zahn für jeden
ge sucht. 1/14

Jacob Unkelbach,
Neumarkt Nr. 5.

Weisse Damen-Halbschule
(Wiederarbeit) preisw. zu ver-
käufen in der Schule. 7/14

Großer
politischer
Nachrichten-
dienst
**Vossische
Zeitung**
Berlin

Monatlicher Bezugspreis
M. 14.—

Holz-
teufel'sche
Anzeiger
A. Henne,
Weiersteinstr. 16.

Die Verfeuerung des Lebensunterhalts

ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Auf vielen Gebieten ist die Kaufkraft des Volkes erschöpft und die meisten stehen vor der unumgänglichen Notwendigkeit, sich weitgehende Einschränkungen aufzuerlegen. Es gibt aber Dinge, die man unter keinen Umständen missen möchte und die man nicht entbehren kann, will man sich nicht Schädigungen anschließen. Dazu gehört auch die **Heimatzeitung**. Jede andere Zeitung kann eher entbehrt werden als das **Heimatblatt**, in dem nicht nur die großen und kleinen Ereignisse aus der Umgebung gesammelt und mitgeteilt werden, sondern auch alle Verordnungen und Bekanntmachungen enthalten sind, die die eigene Wirtschaft und Haushaltung angehen. Der „Amtliche Teil“ des „Limburger Anzeiger“ ist darum ein rechtes Merkblatt sowohl für den Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten, wie für jeden Familienvater und Haushaltungsvorstand. Er bildet eine wesentliche Ergänzung zu den Nachrichten aus dem **politischen Leben**, die heute jeden Staatsbürgern, Mann und Frau, interessieren. Der „Limburger Anzeiger“ stützt sich auf eine rasche und genaue Berichterstattung, die durch politische und wirtschaftliche Artikel aus berufener Feder eine vortreffliche Erläuterung erfährt. Daneben kommt auch das Gebiet der Unterhaltung zu seinem Recht. Ihm dienen die vermischten Abhandlungen und Betrachtungen aus aller Welt, die reichhaltige Samstagsbeilage und der Romanteil, in dem in den nächsten Tagen mit dem spannenden Roman „Lodernde Liebe“ von Erich Ebenstein begonnen werden wird.

**Bewahrt Euch Eure Heimatpresse!
Bestellt den „Limburger Anzeiger“.**

Wekannimachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Lebensmittelverteilung.

Auf Abschnitt Nr. 206 der Lebensmittelkarte kommen in der nächsten Woche

250 gr Vollkreis zum Preise von M. 6.— das Pf.

250 gr Kunsthonig " " " 5.25 " "

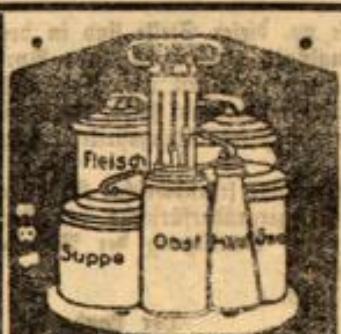
zur Verteilung.

Abgabe der Abschnitte an die Geschäfte bis Samstag, Ablieferung durch die Gewerbetreibenden bis Montag mittag. Ausgabe an die Geschäfte Dienstag. 3/143

Städtisches Lebensmittelamt.

Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden lädt am Montag, den 26. Juni vorm. 10 Uhr in Erbenheim (vor dem Gasthaus „Zum Engel“) mehrere

1—1½-jährige Stutfohlen und eine ältere Zuchtfuhr mit Fohlen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. 9/143



REX-
Einkochapparate,
Gläser.
Beste rote Ringe
billigst.

Jos. Brahm,
Eisenhandlung. 4/143

Urima Apfelwein
abzugeben.
Süßerei und Weinhandlung
K. Gemmer,
Austraße 1. 4, hinter der Turnhalle.

Wirksames Inserationsorgan

ist der in

LIMBURG (Lahn)

im 83. Jahrgang
tägl. erscheinende

„Limburger Anzeiger“
Amtl. Kreisblatt.
1838 gegründet.

Anzeigenblatt

für die Bewohner
Limburgs und der Landgemeinden
in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis 3,60 M. monatlich.

Auf nach Staffel! ○ Grosses Sportfest ○ der Spielbereinigung Staffel

am Sonntag den 27. u. Montag den 28. Juni
verbunden mit

Fussball- und leichtathletischen Wettkämpfen.

Programm:

ab 8 Uhr Austragung der leichtathletischen Wettkämpfe.

1 Uhr Festzug durch Staffel.

ab 2 Uhr Fussballwettkämpfe, anschliessend Preisverteilung.

ab 3 Uhr:

Volks- und Tanzbelustigung.

Es ladet ergebnist ein

8/143

Der Vorstand.

Bestellen Sie sofort

zu Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

192 Hamburgo- und Schifffahrts-Nachrichten
und Kupferstich-Bildage
Rundschau im Bilde

Wöchentlich herausgegebene Ausgaben

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Post- und Anzeigen):

monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.—

Ausgabe B (ohne Post- und Anzeigen):

monatl. M. 7.50, vierteljährl. M. 22.50

Probenummer kostenl. n. portofrei.

Auslands- und Wochen-Ausgabe

des Hamburger Fremdenblatts:

Deutsche Uebersee-Zeitung

reich illustriert in Kupfertiefdruck

Postbezugspreis:

für Deutschland M. 6.— vierteljährlich.

Wir versenden an uns aufgegebene Nummern mit Tarif.

Deutsche Warte

Tagesszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und
Bodenreform

mit den Beiblättern

Land- und Hauswirtschaft — Gesund-
heitswarte — Jugendwarte — Der
Sonntag — Frauenzeitung und täg-
liches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

Feldhüter-Anzeigebücher

mit Dienstanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformulare

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Zur ges. Beachtung!

Steuer-

Kartenblätter

nach amtlicher Vorschrift
nur zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.